

(Abg. Sindermann.)

(A) entstanden sind, wo man den Arbeitern das Koalitionsrecht aus der Hand geschlagen hat! Blicken Sie nach jenen Staaten, wo die Sabotage und der Anarchismus in die Erscheinung getreten sind! Glauben Sie, daß, wenn man der deutschen Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiete das Recht aus der Hand schlägt, die Sozialdemokratie weiter die Garantie dafür übernehmen kann, daß alles in Ruhe und Frieden so vor sich geht, wie es bisher gegangen ist? Nur dadurch, daß die Arbeiterschaft politisch durch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zum Reichstage und durch das Koalitionsrecht sich wirtschaftliche Organisationen schaffen kann, nur dadurch ist das Abzugsventil da. Wenn Sie aber der Arbeiterschaft in den Arm fallen und ihr die Betätigung ihrer Rechte unmöglich machen wollen, dann kommen diese Katastrophen. Gewarnt sind Sie davor.

Aber dann muß man auch ein Stück weiter denken. Man muß dem Arbeiter all das zugestehen, was man den anderen Staatsbürgern zugesteht, und man muß, wenn man ihm Rechte verweigert, auch Pflichten von ihm nehmen. Wenn er nur die Pflicht hat, Steuern zu bezahlen — und dem Staate kann es angenehm sein, wenn durch die Lohnkämpfe der Arbeiter zu einem Einkommen gelangt, nach dem er ein menschenwürdiges Dasein führen kann, denn dann wird auch der Staat imstande sein, über ganz andere Einnahmen aus den direkten Steuern zu verfügen, als wie dies jetzt der Fall ist —, dann muß man dem Arbeiter auch sagen: Wenn du wirtschaftlich keine Rechte haben sollst, zu was brauchst du das Gewehr zu tragen, um das Vaterland zu verteidigen? Was sollst du dich für das Vaterland totschießen lassen? Ja, meine Herren, versuchen Sie das einmal! Ich habe schon vor zwei Jahren gesagt: es sähe dann verdammt traurig aus mit der glänzenden deutschen Armee,

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

die Sie ja immer aufmarschieren lassen.

Dann ist der Herr Abg. Dr. Böhme bei der Begründung seines Antrages nach England und Amerika gegangen, und sogar Paris mußte herhalten, um ihm einige Artikel zu liefern, damit er wenigstens seinen Antrag begründen konnte. Er kam nachher schließlich zu der Überzeugung, daß es am besten wäre, wenn überall die Gewerkschaften oder die Privatpersonen für den Schaden, den der Terrorismus, ob es nun Streik oder Boykott ist, anrichtet, ganz entschieden herangezogen würden. Ja, meine Herren, wenn das eingeführt würde — — ich machte ihm

schon den Zurs, daß dann mancher konservative Mann sein ganzes Vermögen opfern müßte, wenn er für alle Boykotts und allen Terrorismus, die er in die Erscheinung treten ließ, schadlos halten sollte. Denn es ist ja bekannt, daß der Hansabund extra zu dem Zwecke gegründet wurde, um dem terroristischen Vorgehen der konservativ-bündlerischen Organisation entgegenzutreten zu können,

(Lachen rechts.)

und es sollte ja noch vor einiger Zeit eine Statistik aufgenommen werden über den Terrorismus, der speziell in Ost- und Westpreußen, in Posen, in Pommern und Mecklenburg von den konservativen Agrariern betrieben wurde. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat noch rechtzeitig eine Chamade ertönen lassen und hat einfach gesagt: so schlimm ist die ganze Geschichte nicht. Sie hat jedenfalls ihren Vertrauensleuten Anleitung gegeben, jetzt ruhig zu sein und vor allen Dingen eine Zeitlang auf dem Gebiete des Terrorismus nicht fortzufahren. Aber es ist doch bezeichnend, daß man sich gegen diesen Terrorismus wenden mußte.

Wenn jemand die Wahlprüfungskommissionsakten im deutschen Reichstage durchstudiert und die unendlich zahlreichen Fälle von politischem Terrorismus wahrnimmt, die gerade von der konservativen Partei immer bei Wahlen ausgeübt worden sind, so würde er jedenfalls die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen, und wenn er die heutige Debatte noch zum Überflusse gehört hätte, dann würde er sagen: Ach, was sind doch die Sozialdemokraten für klägliche Stümper gegen die Leute da drüben,

(Heiterkeit.)

die den Terrorismus ganz anders in die Erscheinung treten lassen können als wir!

Bei den letzten Reichstagswahlen im Jahre 1907 wurde im Wahlkreise Westhavelland ein von 493 bündlerisch-konservativen Landwirten unterzeichnetes Flugblatt an die Landwirte des Westhavellandes verbreitet, das zum unverhüllten Boykott gegen die städtischen Geschäftskreise aufforderte. Da heißt es:

„Geben wir uns das Wort, unsere Einkäufe nur in Geschäften zu machen, deren Inhaber nicht gegen uns agitieren! Berücksichtigen wir nur solche, über deren konservativ-antisemitische Gesinnung kein Zweifel besteht! Das ist die Pflicht jedes Patrioten und jedes christlichen Deutschen.“

Und in Mühlhausen-Langensalza erließen bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1907 etwa 90 agrarische Landwirte, darunter der derzeitige kon-